

den. Im Juni folgte die Ankündigung des Verkaufs eines zweiten Pakets an staatlichen Schuldverschreibungen, ohne diesmal jedoch die genaue Summe anzugeben. Zusätzlich sei gemäß der Aussage des stellvertretenden Direktors der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform, Zhang Guobao, ein Forschungszentrum in Planung, das sich mit der Gaskonzentration in Kohleminen, dessen Explosionen zu den häufigsten Ursachen von Minenunfällen zählen, beschäftigt.

Trotz der verschiedentlich angekündigten Gegenmaßnahmen ist mit einer Verbesserung der Situation wohl erst mittel- bis langfristig zu rechnen. Abgesehen von dem rechtlichen Rahmen, den fehlenden Investitionen in die Arbeitssicherheit und der unzureichenden Umsetzung von Sicherheitsvorschriften mangelt es auch an qualifiziertem Fachpersonal für Betriebsicherheitstechnik. Nach einem Bericht der *Beijing Youth Daily* steigt zwar die Zahl der Bergarbeiter in Kohleminen stetig, die Zahl der Studenten der Minensicherheit in den 15 wissenschaftlichen Instituten für Kohle halbierte sich allerdings seit dem Jahr 2002 und liegt nun bei etwas über 1.000. Am Beispiel Shanxis verdeutlichte sich ebenso, dass ein nicht zu unterschätzendes Defizit im Unrechtsbewusstsein der Betreiber vorhanden ist. Zu bemerken ist außerdem, dass die zahlreichen illegal betriebenen Kohlebergwerke bislang von dem Maßnahmenkatalog ausgeschlossen sind. (SCMP, 14., 18.7.05; XNA, 9., 14.6., 11., 13.7.05; RMRB website, 12.7.05, nach BBC PF, 13.7.05; ST, 15.7.05) -kw-

---



---

## Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

---



---

### 19 Bildungsdisparität zwischen Stadt und Land nimmt zu

Wie die chinesische Tageszeitung *China Daily* am 26. Juni 2005 berichtete, vergrößert sich gemäß einer Studie der Shanghai East China Normal University die Bildungsdisparität zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung der VR China trotz staatlicher Maßnahmen in noch höherer Geschwindigkeit als die Einkommensdisparität.

Die Studie ist Teil des drei Jahre zuvor vom Bildungsministerium ins Leben gerufenen Programms „Fallstudien zu Kernbereichen der Bildungspolitik in der Transformationsphase“. Ziel des Programms ist es, anhand detaillierter Informationen zur gegenwärtigen Bildungssituation Gründe für die Bildungsunterschiede zu identifizieren, um dann geeignete Verbesserungsvorschläge für die staatliche Bildungspolitik zu unterbreiten.

Wie die Studie belegt, liegt der Prozentsatz an Schulabbrechern in den 17 untersuchten Schulen auf dem Land durchschnittlich bei 43%. Eine der Schulen erreichte sogar eine Rate von 74%. Während in den Städten nur 2% der Grundschulabgänger keine weiterführenden Schulen besuchen würden, seien es auf dem Land 10%. Als Grund für die zunehmende Bildungsdisparität benannte Prof. Yuan Zhenguo als Betreuer der Studie die chronische Unterfinanzierung ländlicher Gebiete. Weitere Ansatzpunkte für eine Verringerung der Bildungsungleichheit zwischen Stadt und Land, die von den Autoren der Studie empfohlen wurden, benannte der Artikel in der *China Daily* nicht.

Staatliche Behörden lassen sich demgegenüber nicht davon abbrin-

gen, ihre Bemühungen um die ländliche Bildungssituation zu betonen, die seit der nationalen Arbeitskonferenz und dem Staatsratsbeschluss zur ländlichen Bildung im September 2003 oberste Priorität besitzt (vgl. C.a., 2003/9, Ü 13). Das Bildungsministerium hob jüngst beispielsweise hervor, dass sich die Bildungsinvestitionen in diesem Bereich in einem Zeitraum von vier Jahren, von 1999 bis 2003, verdoppelt hätten.

Eine kritische Bewertung nahm hingegen ein langjähriger Mitarbeiter des Nationalen Statistikbüros in einem Bericht der *South China News* vor. So wies Xie Hongguang darauf hin, dass zum einen der Anteil des BSP für Bildungsausgaben von 3% weit unter dem internationalen Durchschnitt von 5% liege und der Zuwachs an Bildungsausgaben weit geringer sei als der Zuwachs an Staatseinkünften der VR China. Eine Ausweitung des Pflichtschulbereichs von bisher neun auf zwölf Jahre, wie zuletzt immer wieder gefordert, halte er unter diesen Gegebenheiten für ausgeschlossen. (CD, 26.6.05; Xinhua, 28.6.05; RMRB website, 4.6.05)

### 20 Aufnahmeprüfungen für Universitäten und Hochschulen

Die Zahl der Bewerber, die an den diesjährigen Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen und Universitäten vom 7. bis 10. Juni 2005 teilnahmen, stieg im Vergleich zum Vorjahr wiederum um 1,44 Mio., also um knapp 17%. Beim Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 2000 wird die stetige Zunahme der Bewerberzahlen noch deutlicher. So bewarben sich 2000 noch 3,885 Mio. Schüler für einen Studienplatz, nur fünf Jahre später sind es mit 8,67 Mio. bereits mehr als doppelt so viele (vgl. C.a., 2000/7, Ü 19). Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge wird nur jeder vierte Bewerber einen Studienplatz bekommen können.

Die chinesischen Medien führten bei ihrer Berichterstattung zum

einen die vielfältigen Vorkehrungs- und Vorsichtsmaßnahmen, die einen reibungslosen Ablauf der Prüfungen garantieren sollen, an; so z.B. das Blockieren von Textnachrichten vom Mobiltelefonen, die teilweise während der Prüfungen gesendet werden, um Aufgabenlösungen zu bekommen. Zum anderen verband sich mit dem jährlichen Großereignis aber auch eine Diskussion über die Lehrmethoden sowie über das universitäre Curriculum und wie sehr, bzw. wie wenig, dieses den Ansprüchen des Arbeitsmarktes gerecht wird.

Da den chinesischen Studierenden oftmals die Fähigkeit, selbstständig zu denken und nach Problemlösungen zu suchen, abgesprochen wird, was Kritiker der Lehr- bzw. Lernmethode des Auswendiglernens zuschreiben, legen einige Universitäten mittlerweile wert darauf, die „integrierten Qualitäten“ ihrer Absolventen zu verbessern, so ein Bericht von Xinhua (XNA, 7.6.05). Ein weiterer Kritikpunkt besteht in dem Mangel an sozialer Kompetenz. Die Universität Fudan in Shanghai und die Universität Beijing planten deshalb, die Ausbildung sozialer Kompetenz nicht mehr vom akademischen Lernstoff zu trennen. Wie Xinhua berichtete, solle den Studierenden künftig mehr Verantwortungsbewusstsein vermittelt werden.

Das Curriculum chinesischer Hochschulen wird vor allem von Unternehmerseite als zu wenig praxisorientiert beurteilt. Derzeit stehe ihrer Meinung nach die Vermittlung von theoriebezogenen Fähigkeiten im Vordergrund, die nur in der Forschung Anwendung fänden. Die Verantwortung für diesen Missstand lässt sich zunächst gemäß der Kritik von Privatunternehmern den Hochschulen und den bildungspolitischen Vorgaben zusprechen, sollten diese doch dafür sorgen, dass sich die Absolventen selbstständig auf die Arbeitssuche begeben können und dazu ihr Fachwissen an die unterschiedlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes flexibel anpassen können. Wie in einem Artikel in der *Guangming Ribao* aller-

dings beleuchtet wurde, kann ebenso ein Appell – vor allem – an die Privatwirtschaft gerichtet werden, ihre Anforderungen an die Absolventen darzulegen und mit Kooperationsangeboten zur Behebung der Defizite beizutragen. (GMRB, 8.6.05; XNA, 3., 5., 7.6.05; SCMP, 7.6.05; ST, 8., 29.6.05; FAZ, 8.6.05)

## 21 Schüler und Studierende als Zielgruppe im Antikorruptionskampf

Nachdem im Juni 2005 in der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* berichtet wurde, dass im Antikorruptionskampf künftig auch der Blick auf die Ehefrauen von Funktionären gerichtet werden solle (vgl. Dokumentation unter der Rubrik „Innenpolitik“ in diesem Heft), scheint die Kampagne der parteistaatlichen Führung nun auch die Schüler und Studierenden erreicht zu haben.

Im Juli 2005 war Berichten des chinesischen Bildungsministeriums zu entnehmen, dass eine Reihe von Schulen und Hochschulen im Antikorruptionskampf um eine Prävention von Korruption gemäß des „Durchführungsabrisses zur Errichtung und Vervollständigung eines Systems zur Bestrafung und Verhütung von Korruption mittels gleichermaßen perfektionierter Erziehung, Regelung und Überwachung“, der im Januar d.J. in der Parteizeitung *Renmin Ribao* veröffentlicht worden war, bemüht ist (vgl. C.a., 1/2005, Dok 14). So seien auch an Bildungseinrichtungen, die nicht der Partei unterstellt sind, landesweit Erziehungskampagnen gestartet worden. Auf diese Weise sollten die Schüler und Studierenden für das Problem sensibilisiert werden. Bildungsbehörden auf Provinzebene hätten ebenfalls Schulungsveranstaltungen abgehalten, um dieses Thema an den Nachwuchs heranzutragen und sie in Standhaftigkeit und Ehrlichkeit zu unterweisen.

Wie diese Meldungen zeigen, scheint es der parteistaatlichen Führung sowie den staatlichen Institutionen keineswegs an dem Bewusstsein zu

mangeln, wie weit verbreitet Korruptionsdelikte in der VR China sind und wie tief die Wurzeln des Übels reichen. Mit der Aufklärungsarbeit über die verheerenden Folgen von Korruption für das gesamte wirtschaftliche, wie auch gesellschaftliche System der VR China bei Schülern und Studierenden noch vor dem Einstieg ins Berufsleben zu beginnen, könnte dabei ein geeigneter Ansatzpunkt im Antikorruptionskampf sein. ([www.moe.gov.cn](http://www.moe.gov.cn), 28.7.05; *Der Spiegel* online, 30.7.05)

---



---

## Gesellschaft

Günter Schucher

---



---

## 22 Gesundheitsreform gescheitert

Nicht nur die Ausbrüche neuer und z.T. überwunden geglaubter Krankheiten, auch Meldungen über die finanziellen Probleme für viele Bürger, vor allem auf dem Lande, sich medizinisch behandeln zu lassen, haben das chinesische Gesundheitssystem im letzten Jahr in den Schlagzeilen gehalten. Mit seiner Situation befasste sich am 1. Juli in Beijing eine gemeinsame Konferenz verschiedener Regierungsabteilungen und Parteiorgane, darunter die Propagandaabteilung der KP, das Erziehungsministerium und die politische Abteilung der Volksbefreiungsarmee. Der Gesundheitsminister Gao Qiang gab einen Bericht mit dem Titel „Develop the Cause of Health and Medical Treatment and Make a Contribution to the Building of a Socialist, Harmonious Society“, der zugleich andeutet, welche Bedeutung der Angelegenheit für den Erhalt sozialer Stabilität beigemessen wird.

Das Gesundheitswesen, hob Gao hervor, beeinflusse unmittelbar das Wohlbefinden der Bevölkerung und werde daher auch als Maßstab für die Erfolge wirtschaftlicher Entwicklung, für die Regierungskapazität sowie die Fähigkeit von Partei und Regierung genommen, eine harmo-